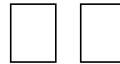


34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel



14. Januar 2020
1 von 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **26.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
lade ich ein für

**Dienstag, 21. Januar 2020, 17:00 Uhr,
Lesezimmer, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Diakonieticket**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Oktober 2018
Bericht des Magistrats
- 101.18.1055-
- 2. Arbeitsmarktdialog & Kommunale Arbeitsmarktstrategie**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Dezember 2019
Bericht des Magistrats
- 101.18.1491-
- 3. Maßnahmen des Jobcenters Stadt Kassel**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.18.1528 -
- 4. SIGNAL-Schulungen zum Umgang mit Gewaltopfern**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.18.1556 -
- 5. Überprüfung Diakonieticket**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.18.1564 -



2 von 2

Mit freundlichen Grüßen

gez. Norbert Sprafke
Vorsitzender

Niederschrift
über die 26. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Dienstag, 21. Januar 2020, 17:00 Uhr**
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

27. Januar 2020
1 von 5

Anwesende:

Mitglieder

Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD
Dorothee Köpp, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Marcus Leitschuh, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU - ab 17:03 Uhr (TOP 2)
Johannes Gerken, Mitglied, SPD
Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD - bis 17:57 Uhr (TOP 5) (Vertretung für Sabine Wurst)
Heidemarie Reimann, Mitglied, SPD
Holger Römer, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne
Gerhard Schenk, Mitglied, AfD
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke - ab 17:05 Uhr (TOP 2)
Vera Gleuel, Mitglied, Freie Wähler

Teilnehmer mit beratender Stimme

Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung

Cenk Yildiz, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Helga Engelke, Vertreterin des Seniorenbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Anja Deiß-Fürst, Sozialamt
Jan Benedix, Sozialamt
Dr. Ute Giebhardt, Frauenbüro

Tagesordnung:

2 von 5

- | | |
|---|-------------|
| 1. Diakonieticket | 101.18.1055 |
| 2. Arbeitsmarktdialog & Kommunale Arbeitsmarktstrategie | 101.18.1491 |
| 3. Maßnahmen des Jobcenters Stadt Kassel | 101.18.1528 |
| 4. SIGNAL-Schulungen zum Umgang mit Gewaltopfern | 101.18.1556 |
| 5. Überprüfung Diakonieticket | 101.18.1564 |

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 14. Januar 2020 ordnungsgemäß einberufene 26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. Diakonieticket

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Oktober 2018
Bericht des Magistrats
- 101.18.1055 -

Beschluss

Der Magistrat wird darum gebeten, zu prüfen, inwiefern der Kreis der Berechtigten für das Diakonieticket erweitert werden kann. Insbesondere ist zu untersuchen, ob und wie Menschen mit niedrigem Einkommen oder niedriger Rente, die aber nicht zugleich Empfänger*innen von Sozialleistungen sind, in den Kreis der Berechtigten aufgenommen werden können. Hierbei sollten unterschiedliche Referenzwerte zur Definition eines „niedrigen Einkommens“/einer „niedrigen Rente“ unter Bezugnahme auf Erfahrungen in anderen Kommunen untersucht und geprüft sowie die entsprechenden Auswirkungen auf das Ticketangebot dargestellt werden.

Zugleich fordern wir den Magistrat auf, beim Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV) eine Überprüfung der Preisstruktur des Diakonietickets anzuregen. Insbesondere gilt es zu prüfen, ob durch eine moderate Preissenkung die mit dem Diakonieticket beabsichtigte Zielsetzung, Mobilität für alle zu gewährleisten, besser verwirklicht werden kann. Die entsprechenden finanziellen Auswirkungen für den Haushalt der Stadt Kassel sind hierbei ebenso darzulegen.

Die Prüfungsergebnisse sollen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorgestellt werden.

Der Bericht wird einvernehmlich für erledigt erklärt.

2. Arbeitsmarktdialog & Kommunale Arbeitsmarktstrategie

3 von 5

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Dezember 2019

Bericht des Magistrats

- 101.18.1491 -

Beschluss

Der Magistrat wird darum gebeten, im nächsten Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über die Ergebnisse des ersten Arbeitsmarktdialogs vom 4. April 2019 zu berichten und darzustellen, wie diese in die kommunale Arbeitsmarktstrategie einfließen werden. Zugleich bitten wir den Magistrat darum, eine Bewertung der Veranstaltung vorzunehmen, aus der sich ergibt, ob und in welchem Umfang das Format künftig weitergeführt werden soll

Bürgermeisterin Friedrich berichtet über die Ergebnisse des Arbeitsmarktdialogs. Auch informiert sie über den weiteren Fortgang mit den Ergebnissen. Anschließend gibt sie eine Bewertung über die Veranstaltung ab. Zu dem Bericht erhalten die Ausschussmitglieder ein Handout. Im Anschluss an den Bericht beantwortet Bürgermeisterin Friedrich die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

3. Maßnahmen des Jobcenters Stadt Kassel

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.1528 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welche Maßnahmen wurden Transferleistungsbezieher*innen 2018 und 2019 vermittelt?
2. Bei wie vielen davon erfolgte dies aufgrund von Eingliederungsvereinbarungen?
3. Wieviel Prozent der Eingliederungsvereinbarungen enthalten die Verpflichtung zur Teilnahme an Maßnahmen?
4. Wie viele Personen nahmen 2019 an einer Maßnahme teil?
5. Nach welchen Kriterien wird entschieden welche Erwerbslosen vom Jobcenter in Maßnahmen eingewiesen werden?
6. Wie viele Maßnahmen wurden 2018 und 2019 abgebrochen und aus welchen Gründen?
7. Wie viele Menschen erhielten Sanktionen aufgrund der Ablehnung oder des Abbruchs von Maßnahmen?

8. In wie vielen Fällen ist durch eine Maßnahme die Vermittlung in ein reguläres unbefristetes Beschäftigungsverhältnis, also Leiharbeitsverhältnisse ausgenommen, mit einem Stundenumfang von 30 Stunden pro Woche oder mehr gelungen? 4 von 5
9. Werden immer noch Kontingente an Maßnahmen von privaten Anbietern eingekauft?
10. Wieviel Geld bekommt ein Maßnahmenträger pro Arbeitsgelegenheit?
11. Wie viel Geld ist vom Jobcenter Stadt Kassel in den letzten 10 Jahren pro Jahr für Maßnahmen ausgegeben worden?

Die Ausschussmitglieder erhielten mit der Einladung eine schriftliche Beantwortung der Anfrage. Die aufkommenden Nachfragen werden von Bürgermeisterin Friedrich und Herrn Benedix, Sozialamt, beantwortet.

Die Anfrage wird von Vorsitzenden Sprafke für erledigt erklärt.

4. SIGNAL-Schulungen zum Umgang mit Gewaltopfern

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.1556 -

Anfrage

Am Klinikum Kassel werden Schulungen zum Umgang mit Gewaltopfern durchgeführt, sog. SIGNAL-Schulungen. Diese Schulungen dauerten früher einen ganzen Tag, inzwischen nur noch wenige Stunden.

1. Warum ist die Dauer der Schulungen reduziert worden?
2. Welche Schulungsinhalte sind dadurch weggefallen oder gekürzt worden?
3. Wie viel Prozent der Beschäftigten des Klinikums Kassel haben an einer SIGNAL-Schulung teilgenommen?
4. In welchen Abständen werden Nachschulungen durchgeführt?
5. Anhand welcher Kriterien wird entschieden wer an SIGNAL-Schulungen teilnimmt?
6. Welchen Umfang haben die Schulungsinhalte für den Umgang mit Gewaltopfern in der Ausbildung
 - a) des Pflegepersonals, das am Klinikum Kassel ausgebildet wird?
 - b) der Ärztinnen und Ärzte, die am Klinikum Kassel ausgebildet werden?
7. Werden auch Beschäftigte der Seniorenwohnanlagen oder städtischer Einrichtungen im Umgang mit Gewaltopfern geschult?
8. Falls ja, wer wird geschult und in welcher Form und in welchem Umfang finden die Schulungen statt und wer führt diese durch?

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet die Anfrage.
Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu. Frau Dr. Giebhardt, Frauenbeauftragte, gibt Ergänzungen dazu ab.

5 von 5

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich und Frau Dr. Giebhardt, Leiterin Frauenbüro, erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

5. Überprüfung Diakonieticket

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1564 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der derzeitige Stand zur Umsetzung des Beschlusses „Diakonieticket“ (Vorlage Nr. 101.18.1055) vom Oktober 2018?
2. Was wurde überprüft, um den Kreis der Berechtigten zu erweitern?
3. Welche Anstrengungen wurden unternommen, um den NVV zur Überprüfung der Preisstruktur anzuregen?
4. Mit welchem Ergebnis?
5. Welche finanziellen Auswirkungen hätte dies für den städtischen Haushalt?
6. Ab wann reicht die Vorlage der Teilhabekarte, um das Diakonieticket an den üblichen Verkaufsstellen zu erhalten?
7. Ab wann wird für Transferleistungsbezieher*innen das mit dem Haushalt beschlossene vergünstigte Monatsticket zu erwerben sein und für welchen Preis?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 18:04 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Cenk Yildiz
Schriftführer



Vorlage Nr. 101.18.1528

14. November 2019
1 von 1

Maßnahmen des Jobcenters Stadt Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. In welche Maßnahmen wurden Transferleistungsbezieher*innen 2018 und 2019 vermittelt?
2. Bei wie vielen davon erfolgte dies aufgrund von Eingliederungsvereinbarungen?
3. Wieviel Prozent der Eingliederungsvereinbarungen enthalten die Verpflichtung zur Teilnahme an Maßnahmen?
4. Wie viele Personen nahmen 2019 an einer Maßnahme teil?
5. Nach welchen Kriterien wird entschieden welche Erwerbslosen vom Jobcenter in Maßnahmen eingewiesen werden?
6. Wie viele Maßnahmen wurden 2018 und 2019 abgebrochen und aus welchen Gründen?
7. Wie viele Menschen erhielten Sanktionen aufgrund der Ablehnung oder des Abbruchs von Maßnahmen?
8. In wie vielen Fällen ist durch eine Maßnahme die Vermittlung in ein reguläres unbefristetes Beschäftigungsverhältnis, also Leiharbeitsverhältnisse ausgenommen, mit einem Stundenumfang von 30 Stunden pro Woche oder mehr gelungen?
9. Werden immer noch Kontingente an Maßnahmen von privaten Anbietern eingekauft?
10. Wieviel Geld bekommt ein Maßnahmenträger pro Arbeitsgelegenheit?
11. Wie viel Geld ist vom Jobcenter Stadt Kassel in den letzten 10 Jahren pro Jahr für Maßnahmen ausgegeben worden?

Fragesteller/-in:

Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.18.1556

9. Dezember 2019
1 von 1

SIGNAL-Schulungen zum Umgang mit Gewaltopfern

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Am Klinikum Kassel werden Schulungen zum Umgang mit Gewaltopfern durchgeführt, sog. SIGNAL-Schulungen. Diese Schulungen dauerten früher einen ganzen Tag, inzwischen nur noch wenige Stunden.

1. Warum ist die Dauer der Schulungen reduziert worden?
2. Welche Schulungsinhalte sind dadurch weggefallen oder gekürzt worden?
3. Wie viel Prozent der Beschäftigten des Klinikums Kassel haben an einer SIGNAL-Schulung teilgenommen?
4. In welchen Abständen werden Nachschulungen durchgeführt?
5. Anhand welcher Kriterien wird entschieden wer an SIGNAL-Schulungen teilnimmt?
6. Welchen Umfang haben die Schulungsinhalte für den Umgang mit Gewaltopfern in der Ausbildung
 - a) des Pflegepersonals, das am Klinikum Kassel ausgebildet wird?
 - b) der Ärztinnen und Ärzte, die am Klinikum Kassel ausgebildet werden?
7. Werden auch Beschäftigte der Seniorenwohnanlagen oder städtischer Einrichtungen im Umgang mit Gewaltopfern geschult?
8. Falls ja, wer wird geschult und in welcher Form und in welchem Umfang finden die Schulungen statt und wer führt diese durch?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

zum Protokoll
Sozialausschuss
am 21.1.2020

Zentralbereich Pflege und Patientenservice

Gesundheit Nordhessen
Holding AG

Handwritten signature

Gesundheit Nordhessen Holding AG | Postfach 10 36 67 | 34112 Kassel
Zentralbereich Pflege und Patientenservice

Leiter

Dipl.-Pflegerw. (FH) Helmut Zeilfelder

Vorstand

Arbeitsdirektorin Birgit Dilchert



Ansprechpartner/in: Anja Gerhard-Mehl

Telefon: 0561 980 - 2305
Telefax: 0561 980 - 6923
anja.gerhard-mehl@gnh.net

Anfrage der Kasseler Linke zum Thema SIGNAL Schulungen zum Umgang mit Gewaltopfern

Sehr geehrte Frau Dilchert,

anbei die Beantwortung der einzelnen Fragen im Rahmen der Anfrage der Kasseler Linke zum Thema häusliche Gewalt (SIGNAL)

Zu Frage 1:

Der Umfang der Schulungen wurde nicht grundsätzlich reduziert:

- Über die Akademie für Bildung der Gesundheit Nordhessen wurden in den vergangenen Jahren (seit 2006) sowohl Tagesveranstaltungen als auch Kurzschulungen (2 Std) angeboten.
- Alle Absolventen der Pflegeausbildung am Klinikum Kassel der letzten 12 Jahre wurden bereits in der Ausbildung zu häuslicher Gewalt und dem Prozessablauf von SIGNAL geschult.
- In der Folge entschieden wird uns zusätzlich für spezifische Angebote für das Personal in der Zentralen Notaufnahme.

Frage 2:

- Die Tagesschulung beinhaltet Übungen zur Gesprächsführung. Diese entfallen bei den Kurzschulungen, weil sie als grundlegende Kompetenzen bereits während der Ausbildung vermittelt werden.

Frage 3:

- Inzwischen wurden ca. 60% der Mitarbeiter*innen im Pflegedienst zu SIGNAL geschult bzw. sensibilisiert. Alle zwei Jahre wird „häusliche Gewalt“ von den Pflegefachleitungen als Multiplikatoren in die Stationsbesprechungen eingebracht.



Frage 4 + 5:

- Aktuell werden über die Akademie für Bildung der GNH jährlich so-genannte „PART-Schulungen (Professional Assault Response Training)“ angeboten. Sie greifen das Thema Gewalt im Krankenhaus ganzheitlich auf, sensibilisieren für das Erkennen von angespannten Situationen und üben den deeskalierenden Umgang.
- Durch die Angebote in der Ausbildung von Gesundheits- und Krankenpfleger*innen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen ist die Schulung aller Pflege-Auszubildenden der GNH gewährleistet.
- Die Schulungs-Angebote der Akademie für Bildung stehen den GNH-Beschäftigten aller in Frage kommenden Berufsgruppen nach Rücksprache mit ihren jeweiligen Führungskräften offen.

Frage 6:

- Der Umfang der Schulungen für die Auszubildenden in der Pflege, die das Thema häusliche Gewalt und SIGNAL beinhalten, umfasst 20 Unterrichtseinheiten.
- Auch für den ärztlichen Dienst werden 2-tägige PART-Schulungen angeboten, insbesondere im Bereich der Zentralen Notaufnahme und der Psychiatrie. Generell ist das Thema sexualisierte Gewalt und deren Anzeichen Bestandteil des Einarbeitungskonzeptes im ärztlichen Dienst.

Frage 7+8:

- Grundsätzlich stehen alle Angebote der Akademie für Bildung selbstverständlich auch den Mitarbeiter*innen der Seniorenwohnanlagen offen. Im Bereich der Altenpflege erfolgten außerdem spezifische Kurzschulungen zur Gewaltprävention.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anja Gerhard-Mehl



Vorlage Nr. 101.18.1564

16. Dezember 2019
1 von 1

Überprüfung Diakonieticket

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der derzeitige Stand zur Umsetzung des Beschlusses „Diakonieticket“ (Vorlage Nr. 101.18.1055) vom Oktober 2018?
2. Was wurde überprüft, um den Kreis der Berechtigten zu erweitern?
3. Welche Anstrengungen wurden unternommen, um den NVV zur Überprüfung der Preisstruktur anzuregen?
4. Mit welchem Ergebnis?
5. Welche finanziellen Auswirkungen hätte dies für den städtischen Haushalt?
6. Ab wann reicht die Vorlage der Teilhabekarte, um das Diakonieticket an den üblichen Verkaufsstellen zu erhalten?
7. Ab wann wird für Transferleistungsbezieher*innen das mit dem Haushalt beschlossene vergünstigte Monatsticket zu erwerben sein und für welchen Preis?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender